

Studenten und Politik in Marburg

Die politische Kultur einer Universitätsstadt 1918 - 1920

Siegfried Weichlein

Am 7. Juli 1929 nahm der Chefredakteur des "Berliner Tageblattes", Theodor Wolff, die anstehende Hochschuledebatte im preußischen Landtag zum Anlaß, die deutschen Universitäten kritisch unter die Lupe zu nehmen. Unter dem Titel "Warum die Zugvögel nicht mehr kommen" beklagte er den Rückgang der ausländischen Studenten an den Hochschulen im Reich. "Delphi ist nicht mehr allein Delphi, viele gehen zu den Orakeln der Konkurrenz." An den Universitäten machte der politische Journalist einen Nationalismus und Patriotismus "mit kleiner Stirn und großem Munde" aus, der Vaterlandsiebe ungefähr so ähnele wie eine Vitzliputzligestalt dem hellenischen Apoll. Zum Exempel für die Entwicklung griff Wolff die Universität Marburg heraus.¹

Aus dem gleichen Grunde und zur gleichen Zeit trug der für Marburg zuständige Kasseler Regierungspräsident, der Demokrat Ferdinand Friedensburg, seine Sorgen über die politische Kultur in den "Pflanzstätten des Geistes" an die Öffentlichkeit. Er sah die Weimarer Demokratie durch die studentischen Korporationen und ihre zutiefst undemokratische Kultur gefährdet. Unter deren Einfluß bildeten sich die endgültigen Begriffe und dauernden Charakterzüge der zukünftigen Richter und Staatsanwälte, Landräte und Finanzleiter, Geistlichen und Kassenärzte, Staatsrechtslehrer und Nationalökonomten, Syndici und Rechtsanwälte.² Was Friedensburg, der während seiner Marburger Studienzeit selbst im Kyffhäuser-Bund des Vereins Deutscher Studenten (V.D.St.) tätig gewesen war³, am Korporationswesen und Nationalismus vieler Studenten kritisierte, traf sich mit den Befürchtungen Theodor Wolffs: Ein demokratischer Staat konnte auf Dauer nicht gegen die nachrückenden apolitischen oder gar antidemokratisch gesonnenen Eliten bestehen.

Das Urteil des Berliner Chefredakteurs und des Kasseler Regierungspräsidenten hatte eine lange Vorgeschichte. Schon im Kaiserreich hatte sich Marburg den Ruf als Korporationsuniversität erworben. In der Weimarer politischen Universitätsgeschichte bildete Marburg vor dem Hintergrund der Ereignisse an der Erlanger Universität um das Frei-

1 Th. Wolff, Warum die Zugvögel nicht mehr kommen. In: BT, 7.7.1929

2 Vgl. F. Friedensburg, Der Deutsche Student. In: Politik und Wirtschaft. Aufsätze und Vorträge Berlin 1961, 285-293, hier 285f. [zuerst in: Das Tagebuch 10 (1929), 1544-1552]. Während die Presse der christlichen Verbindungen beider Konfessionen, der waffenstudentischen Verbindungen, der wissenschaftlichen Vereine und örtliche Studentenblätter die Angriffe Friedensburgs zumeist übergingen, reagierte das Organ des Kyffhäuserbundes empört. Eine Presseübersicht in: Akademische Blätter 44 (1929), 323ff.

3 Vgl. F. Friedensburg, Lebenserinnerungen, Frankfurt a.M. 1969, 27ff.

städtischen Art Vergangenheit aus. Sie war leicht mit dem D-Zug zu erreichen, beherbergte 14 Verbindungshäuser am Schloßhang, war weniger teuer und feudal als Heidelberg, Bonn oder Göttingen, "aber dennoch intim genug, um den Ersten Chargierten oder den Fuchsmajor zum stadtv vertrauten Blickfang zu machen."¹² Als Vorort verschiedener Verbindungen und Korps, so ab 1914 für den Kösener SV, stand die Stadt im Ruf, eine Hochburg der Korporierten zu sein. Alemania, Arminia, Germania, später auch Rheinfranken und Hercynia waren in der Deutschen Burschenschaft organisiert, die den größten Anteil unter den Marburger Korporierten stellte. Daneben war der protestantische Wingolf in Marburg besonders stark. Zu den älteren Corps (Kösener SV) gehörten Teutonia, Hasso-Nassovia, Guestphalia und Rhenania-Strasbourg.

Am Vorabend des Ersten Weltkrieges gehörte fast die Hälfte aller Marburger Studenten einer Korporation an.¹³ Unmittelbar nach dem Krieg sank die Quote bedingt durch starke Fluktuationen in der Studentenschaft und die unsichere Position der Korporationen im neuen Staat vorübergehend auf ein Drittel. Ab 1920 pendelte sie sich wieder auf etwa die Hälfte ein. Im Sommersemester 1921 waren etwa 47 % der an der Philipps-Universität immatrikulierten in Corps, Burschenschaften und anderen Verbindungen organisiert - mit weitreichendem Einfluß und Ausstrahlung auf die Freistudenten, die keiner Korporation angeschlossen waren, die sogenannten Finken.¹⁴

Den Marburger Vertretern kam in allen überregionalen Zusammenschlüssen der Verbindungen, Burschenschaften und Korps eine führende, wenn nicht sogar die führende Rolle zu. In Marburg wirkten zudem die führenden Burschenschaftshistoriker der Weimarer Republik, Wilhelm Fabricius und Georg Heer.¹⁵ Hier fand am 23. September 1918 der außerordentliche Kongreß des Kösener SV statt. Die für das burschenschaftliche Selbstverständnis ausschlaggebende Comment-Ordnung wurde auf dem Marburger Treffen der deutschen Korporationen im Juni 1918 durch den "Marburger Burschen-Comment" neu

geregelt.¹⁶ Der Burschen-Comment regelte auf das genaueste alle Fragen des Mensurwesens, der Grupplichten und des Duellwesens. Mit ihrem militärischen Ehrbegriff trugen diese Bestimmungen zur sozialmoralischen Homogenisierung in der Studentenschaft bei, indem sie eine abgesonderte Gesellschaft der Satisfaktionsfähigen begründeten und den Alltag ritualisierten.¹⁷ Gerade diese normativen Vorstellungen zum sozialen Zusammenleben erlauben es, von einem abgegrenzten Verbindungsmilieu zu sprechen.¹⁸

Die sozialmoralische Seite der Korporationen umfaßte auch in Marburg zwei immer wiederkehrende Stereotypen, eine völkisch-antisemitische Grundüberzeugung und einen scharfen Nationalismus.¹⁹ Der völkische Antisemitismus trat exemplarisch beim stark vertretenen Kyffhäuser-Bund des V.D.St. hervor. Bereits 1882 - also noch vor der Gründung des Kyffhäuser-Bundes - fügte die älteste Marburger Burschenschaft Teutonia in ihre Konstitutionen ein Judenaufnahmeverbot ein. Der Kyffhäuser-Bund propagierte seit seiner Gründung in Marburg im Jahre 1886 offen den Antisemitismus und fand in den 1890er Jahren Anschluß an die Bewegung des Marburger Antisemiten und Reichstagsabgeordneten Otto Böckel. Er griff auf eine lange Tradition antisemitischer und völkisch-nationaler Propaganda zurück, als er nach 1918 dafür eintrat, an die alten Ideale wieder anzuknüpfen. Auf der ersten Vertretertagung nach dem Weltkrieg beantragte der Marburger Kyffhäuser eine Erklärung, der Verband möge seinen alten Gedanken treu bleiben.²⁰ Hasso-Nassovia, Guestphalia und Rhenania-Strasbourg zu Marburg bezogen

16 Vgl. Marburger Ehrenordnung. Burschenkomment 1918. Hg. v. W. Fabricius. Marburg 1918. Der Marburger Burschenschaftshistoriker Fabricius gehörte selbst Starkenburgia, Teutonia, Guestphalia Jena und Guestphalia Marburg an. Vgl. W. Fabricius, Die Deutschen Corps Frankfurt a. M. 1926; Ders., Geschichte und Chronik des Kösener S.C.-Verbandes, Frankfurt a. M. 1921, zur Geschichte der Marburger Verbindungsstudentenschaft vgl. folgende Chroniken. Festschrift des Marburger Wingolfs (Verbindungsgeschichte von 1909 bis 1927) o. J.; zur Geschichte der Marburger Burschenschaft Rheinfranken 1880-1930. Hg. v. A. H. Verbands. Marburg 1932. Die Guestphalia zu Marburg. Der Chronik 2. Teil. Hg. v. Altherrenschaft, Melsungen 1938.

17 Zur Satisfaktionsfähigkeit unter den Marburger Verbindungen vgl. Koshar, Life (wie Anm. 14), 117 sowie allgemein W. Kreuzberger, Studenten und Politik 1918-1933. Der Fall Freiburg im Breisgau. Göttingen 1972, 88ff. "Die Vereinheitlichung des Ehrenkanons, der Zweikampfregelein und alles dessen, was damit zusammenhing, unter Studenten und Offizieren war ein Symptom dieses Bildungsprozesses einer guten Gesellschaft der Satisfaktionsfähigen." So N. Elias, Studien über die Deutschen. Frankfurt a. M. 1989, 61-158, 75. Zum Duell vgl. jetzt U. Frevert, Ehrenmänner. Das Duell in der bürgerlichen Gesellschaft, München 1991.

18 Zum Begriff des Milieus vgl. M. Rainer Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. In: Ders., Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze. Göttingen 1993, 25-50. Vgl. Kreuzberger, Studenten (wie Anm. 17), 91ff.; Jarausch, Students, (wie Anm. 13), 345ff., 351ff.; Schwarz, Studenten (wie Anm. 7), 351ff., 362ff.

20 Die Festschrift zum 50jährigen Bestehen des VDSi in Marburg (Marburger Bund) vermerkte 1936, im Zwischensemester 1919 habe die Mitgliederzahl des Marburger Bundes schon wieder bei 113 gelegen (davon 28 neue Füchse). Im Wintersemester 1919/20 lag die Mitgliederzahl bei 121. Im Sommersemester 1921 stellte der Marburger Bund mit 75 Aktiven den drittstärksten Teilbund im deutschen Kyffhäuser-Bund. Vgl. Festschrift 50 Jahre V.D.St. Marburg, Marburg 1936, 17. Die "Akademischen Blätter", das Organ des Kyffhäuser-Verbandes des 'Vereins Deut-

12 H. Serer, Zum Verhältnis von Universität und Stadt in Marburg 1785-1945. In: HJbL 38 (1988), 171-201, hier 185.

13 Im Jahre 1913 gehörten 18,1 % der Marburger Studenten den schlagenden, 6,8 % den farbentragenden, 8,0 % den religiösen und 10,1 % den wissenschaftlichen Verbindungen an. Vgl. K. H. Jarausch, Students, Society and Politics in Imperial Germany. The Rise of Academic Illiberalism. Princeton 1982, 296.

14 "Noch im Laufe des Winters 1918/19, spätestens im Beginn des Sommers 1919 nahmen sämtliche Verbindungen ihren Betrieb anscheinend in der alten Weise wieder auf. [...] Infolge des großen Zustroms der aus dem Felde Zurückkehrenden erschienen fast alle Verbindungen in nie erlebter Stärke." G. Heer, Studentisches Verbindungsleben in Marburg seit 60 Jahren. In: Oberhessische Zeitung (Jubiläumsausgabe), 29.7.1927. Die Marburger Freistudentenschaft wurde 1905 gegründet und blieb in der Folgezeit eine nur schwach organisierte Kraft, obwohl fast die Hälfte der Marburger Studenten 1914 keiner Korporation angehörte. Vgl. StAM, Best. 330 C 4261, Bl. 9ff.; R. Koshar, Social Life, Local Politics and Nazism. Marburg, 1880-1935. Chapel Hill and London 1986, 138ff.; Schwarz, Studenten (wie Anm. 7), 147ff., 151.

15 1924 war Marburg Schauplatz der Studentenolympiade des Kösener SV, der besonders für den Gedanken der Wehrentüchtigung eintrat. Vgl. DCZ 41 (1924) Nr.5/6, 104ff.

schreckend gezeigt, "wie verhängnisvoll die mangelnde politische Bildung der Akademiker für das ganze Volk gewesen ist."²⁸ Das neue studentische Interesse an Politik nahm in Marburg bald konkrete Gestalt an. Seit 1919 bestand eine "Politische Arbeitsgemeinschaft."²⁹ Ziel dieser Neueinrichtung war die "Ertüchtigung der geistigen Führer zu politischer Führerschaft". Ihre Veranstaltungen stießen auf ein reges Interesse unter den Studenten.³⁰

Um "die Studenten unter schlechthinigem Absehen von aktiver und Parteipolitik in die historischen, juristischen, soziologischen und ethischen Grundlagen der Politik und ihrer Aufgaben" einzuführen, wurde 1920 das "Institut für staatsbürgerliche Erziehung" gegründet.³¹ Dieselbe Intention verfolgte auch das spätere "Staatsbürgerliche Amt" der "Allgemeinen Marburger Studentenschaft" (A.M.St.).³² Im Winter 1918/19 wurde darüber hinaus das "Institut für das Deutschtum im Ausland bei der Universität Marburg" eingerichtet. Im breiten Geflecht der politiknahen Organisationen, die sich um das Deutschtum im Ausland bemühten, wollte auch die Universität Marburg ihren Part übernehmen.³³

3. Radikalisierung

Die Phase der allgemeinen Politisierung der Studentenschaft wurde spätestens zur Jahresmitte 1919 mit dem Abschluß des Versailler Friedensvertrages von einer spezifischen

²⁸ Tagungsbericht des ersten allgemeinen Studententages deutscher Hochschulen in Würzburg vom 17.-19. Juli 1919. Göttingen 1920, 348.

²⁹ Vgl. Ebd., 350; Im Marburger Stadthandbuch 1919/20, 38, wurde eine 'Akademische Gesellschaft für wissenschaftliche Politik' angeführt.

³⁰ Die Politische Arbeitsgemeinschaft arbeitete in verschiedenen Abteilungen. Die "ethisch-soziologische Abteilung" bot unter anderem Kurse zu Fichte an (Wintersemester und Zwischensemester 1919, vgl. bes. die 8. Rede aus den 'Reden an die deutsche Nation') und über "den Sozialismus der Gegenwart und seine geschichtlichen Voraussetzungen bei Platon, Rousseau, Saint-Simon und Marx" (Sommersemester 1919). Der Besuch dieser Veranstaltungen verlief "regelmäßig". Die Politische Arbeitsgemeinschaft zählte über 200 Mitglieder. Vgl. Tagungsbericht (1920), 349ff; Im Sommersemester 1919 ging unter anderem der Neukantianer Hinrich Knittermeyer auf die philosophischen Grundlagen der Politik ein. Zu dieser Veranstaltung luden die unterzeichnenden Professoren Bredt, Heitmüller, Hofmann, Köppe, Natopp, Stengel, Stephan und Troeltsch ein. Vgl. HLZ, 16.5.1919.

³¹ Vgl. Schreiben des Rektors der Marburger Philipps-Universität an den Preussischen Kultusminister vom 22.4.1920, in: ZSIAM, Rep. 76 Va Sekt. 12 Tit. X Nr. 59 Bd. 1, Bl. 2f. Vgl. Staatsbürgerliche Erziehung an den deutschen Universitäten. Eine Denkschrift im Auftrag der Vertretung der Deutschen Studentenschaft vorgelegt vom Zentral-Ausschuß für staatsbürgerliche Erziehung an der Universität Marburg, Marburg 1920.

³² Vgl. Mitteilungen der Allgemeinen Marburger Studentenschaft 1930ff. Eine ähnliche Ausschüttung hatte der 'Studentische Vortragendienst'. Vgl. dazu: Marburger Universitätszeitung 1920, Nr. 1ff.

³³ Vgl. Schreiben des Ministers für geistliche und Unterrichtsangelegenheiten an den Finanzminister vom 18.12.1918, in: ZSIAM, Rep. 76 Va Sekt. 12 Tit. X, Nr. 57.1, Bl. 17.

Radikalisierung nach rechts abgelöst. Für diesen Übergang stand beispielhaft der "Fall Traeger". In Vorwegnahme eines ständigen Lehrstuhles für Politik hatte die Universitätsleitung ab Sommersemester 1919 einen Lehrauftrag zur "Einführung in die Grundlagen der Politik" an Professor Ludwig Traeger vergeben. Seit 1910 Geheimer Justizrat, hatte Traeger, der seit 1898 in Marburg Professor für Strafrecht, Strafprozeß- und Zivilprozeßrecht sowie Rechtsphilosophie war, 1913/14 das Rektorat der Marburger Universität innegehabt und war wiederholt Dekan der Juristischen Fakultät gewesen. Er gestaltete seine Vorlesung zu einer Tirade gegen Demokratie und Republik. Mitglieder des "Demokratischen Studentenbundes" übersandten daraufhin ihre Vorlesungsmitschriften dem preussischen Kultusminister mit der Bitte um beurteilende Stellungnahme.³⁴ Darin hieß es u.a.: "Friedrich Ebert und seine Frau Luise - Königin Luisel - Herr Erzgaun - ach Verzeihung, Herr Erzberger, man kommt nur zu leicht in Versuchung, den ersten Namen zu gebrauchen. ... Ein Teil der deutschen Presse steht unter dem Einfluß der jüdischen Hochfinanz, trägt internationalen Charakter und verhetzt heute noch die Gemüter der deutschen Spießbürger. Ich nenne Ihnen Scherl, Ullstein, Mosse. ... Viele dieser sozialdemokratischen Führer sind verkrachte Akademiker, die in ihrem Zivilberuf keine Befriedigung gefunden haben, pathologische Individuen, von Größenwahn sinn befallene Subjekte, aus Galizien eingewanderte Juden."³⁵

Der Leiter der Demokratischen Studentengruppe Ernst Lemmer brachte diese Angelegenheit auf dem konstituierenden Parteitag der DDP im Juli 1919 in Berlin im Rahmen der Debatte über die Schulfrage zur Sprache.³⁶ In Marburg eröffnete die Universitätsleitung daraufhin nicht gegen Traeger, sondern gegen Lemmer ein Disziplinarverfahren, das mit dem 'consilium abeundi mit Unterschrift' endete, weil er Interna einer Lehrveranstaltung in die Öffentlichkeit getragen habe. Darüber hinaus bediente sich die Leitung der Philippina verschiedener universitätsrechtlicher Finessen, um gegen die Gesinnungsfreunde Lemmers vorzugehen.³⁷ Die überwältigende Mehrheit der Professoren und Studenten unterstützte die Universitätsleitung in ihrem Vorgehen gegen Lemmer. Die Sache wurde zur cause célèbre, als alle größeren Tageszeitungen auf den 'Fall Traeger' eingingen.

³⁴ Die Originale befinden sich im ZSIAM, Rep. 76 Va Sekt. 12 Tit. 4 Nr. 7 adh. A, Bl. 68ff. Sie stimmen überein mit der Wiedergabe in E. Lemmer, Manches war doch anders. Erinnerungen eines Demokraten. Frankfurt a.M. 1968, 56.

³⁵ So Dr. Feder im Berliner Tageblatt, zit. in: Kasseler Volksblatt, 27.11.1919.

³⁶ Vgl. HLZ, 24.7.1919; Lemmer, Manches (wie Anm. 34), 58f; Ders., Politische Lehrstühle in der deutschen Republik. In: BT, 10.8.1919.

³⁷ Gustav Heinemann artikuliert in einem Schreiben an den Kultusminister seinen "bestimmten Eindruck, daß unsere Gegner die bestehenden Satzungen in einer Weise anzuwenden wissen, die uns einschüchtern und mundtot machen soll." Schreiben Heinemanns an den preussischen Kultusminister vom 1.12.1919, ZSIAM, Rep. 76 Va Sekt. 12 Tit. 4, Nr. 7 adh. A, Bl. 90f.

Demokratischen Studentengruppe einzusetzen. Die daraufhin organisierte Demonstration gegen Kapp-Lüttwitz am 16. März wurde von 1.500 Marburgern besucht. Sie entsandte erneut eine Abordnung nach Kassel, die ebenfalls die Entwaffnung der Studenten forderte. Gustav Heinemann notierte nach der Teilnahme an der Demonstration eine Äußerung in sein Tagebuch, die ein Schlaglicht auf die Trennlinie zwischen den republiktreuen Kräften und ihren Gegnern warf: "Wir wenigen republikanischen Studenten ziehen mit und werden nicht wenig begafft."⁴⁶

Auf die wiederholten Forderungen nach Entwaffnung der Korporierten reagierte die Leitung des StuKoMa empört. Sie verwahrte sich gegen den Unterschied, der zwischen ihnen und den republikanischen Studenten gemacht wurde. Man werde die Waffen erst abgeben, wenn sich die Arbeiterschaft gleichzeitig entwaffnen lasse. Am Dienstag und Mittwoch, dem 16. und 17. März 1920, traten die Sympathisanten eines gewaltsamen Vorgehens gegen die legale Regierung offen auf den Plan. Bogislav von Selchow wurde am 16. März während einer Sitzung der Korporationen auf dem Hause der Hasso-Nassovia zum Führer der Marburger Studentenzeitfreiwilligen gewählt. Die an sie gerichtete Forderung nach Entwaffnung lehnten die Korporierten entschieden ab.⁴⁷ Von Selchow fand sogar Unterstützung bei der Reichswehr. Der Kommandeur des in Marburg stationierten Jägerbataillons bot den Korporierten logistische Unterstützung an. Als von Selchow und andere Korporierte den Entschluß faßten, die Funkstation des Physikalischen Instituts zu besetzen, um so Nachrichten von außen erlangen zu können, wurden sie bereitwillig durch verschiedene Professoren der Universität unterstützt.⁴⁸

Diese Maßnahme erwies sich sogleich als äußerst nützlich, da sich "Herren vom Stabe aus Berlin" ankündigten. Die Hauptleute Schmeidler und von Schlieffen trafen mit dem Flugzeug aus Berlin ein, um mit von Selchow eine Unterredung über den Fortgang des Putsches zu führen. Schmeidler unterrichtete von Selchow über Ursachen und Fortgang des Putsches und bat ihn, sich bis spätestens Sonntag (= 21. März 1920) in den Besitz Hessens zu setzen. Von Selchow ging darauf sofort ein, da er das Studentenkorps, eine vollbewaffnete Truppe von 1800 Mann - größtenteils Offiziere - völlig in der Hand hatte. Zur Absicherung forderte er eine Bürgerschaft durch Kapp, was ihm versprochen wurde. Die Zusagen von Selchows an die Abgesandten Kapps führten zu konkreten Planungen. Jede Verbindung erhielt einen militärischen Auftrag zur Besetzung strategisch wichtiger

46 Heinemann, Demokraten (wie Anm. 38), 49.

47 "Wir denken nicht daran, uns wehrlos zu machen." B. von Selchow, Logbuch Nr. 41 (Thüring.Feldzug - Rektorat Busch, März - Juli 1920), in: BA Militärarchiv Freiburg, N 428/41, (künftig: Logbuch Nr. 41), 961ff. Die Logbücher von Selchows bestätigen seine Ausführungen, von Selchow, Tage (wie Anm. 45). Ein Vergleich der hier einschlägigen Textpassagen ergab, daß von Selchow bei der Niederschrift seiner Erinnerungen auf die Logbücher zurückgriff.

48 Der Leiter des "Instituts für das Deutschtum im Ausland" Professor Schulze-Jena und die Physiker Richarz und Take erklärten sich umstandslos zu jeder Hilfe und Mitarbeit bereit, so daß die Korporierten schließlich über einen universitätsgestützten Funkkontakt nach außen verfügten. Vgl. von Selchow, Logbuch Nr. 41 (wie Anm. 47), 961ff.

Punkte in Marburg.⁴⁹ Von Selchow wollte erst dann losschlagen, wenn die neue Regierung fest im Sattel sitzen würde, um die Aktion mit Hilfe und Rückendeckung Berlins durchführen zu können. Der Seniorenconvent stand dagegen auf dem Standpunkt, schon im Falle einer Bedrohung der 39 Verbindungshäuser durch Arbeiter die gesamte Stadt vorsichtshalber zu besetzen.⁵⁰ Zur Koordinierung des Vorgehens hatten einige Mitglieder des StuKoMa bereits Kontakt mit den Universitäten Gießen, Göttingen, später auch mit Frankfurt a.M. aufgenommen.⁵¹

Mit dem Rücktritt der Regierung Kapp in Berlin brach der Plan der Marburger Korporierten, von Marburg aus ganz Hessen für die Putschisten zu erobern, zusammen. Am Freitag, den 19. März 1920, um 9 Uhr erklärte von Selchow seinen Rücktritt, da seine Aufgabe jetzt erledigt sei. Als jedoch um 11 Uhr überall in Marburg gelbe Plakate mit einem Aufruf des Ortskommandeurs angeschlagen wurden, änderte sich die Lage völlig. Der Aufruf enthielt die Nachricht, daß in Thüringen Aufrühr herrsche und bewaffnete Banden plündernd durch das Land zögen.⁵² In Gotha waren in den Tagen des Kapp-Putsches die lange aufgestauten politisch-sozialen Gegensätze der sozialistischen und bürgerlich-nationalen Milieus eskaliert. Die bürgerkriegsartigen Kämpfe forderten 110 Tote; es kam zu grausamen Verbrechen an Gefangenen und Verwundeten.⁵³ Radikalierte Arbeiter hatten zur Selbsthilfe gegen die Thüringer Reichswehrführung gegriffen, die mit Kapp sympathisierte, und ihre Abwehrmaßnahmen auch dann nicht eingestellt, als der Generalstreik beendet worden war. Zudem wurde der organisierte Widerstand gegen die Sympathisanten Kapps in Thüringen durch die Regierung von Sachsen-Gotha unterstützt.⁵⁴ Gegen diese Arbeiter beabsichtigte die Reichswehrführung mit Unterstützung der Marburger Zeitfreiwilligen militärisch vorzugehen.

Stunden nach dem Rücktritt Kapps stellten sich die Fronten zwischen den Anhängern Kapps und seinen Gegnern geradezu verkehrt dar. Auf der einen Seite standen radikalisierte Arbeiter, die gegen die Gesinnungsgenossen der Berliner Putschisten in der

49 "Danach sollen die wichtigsten Gebäude besetzt, der Oberbürgermeister Troje, der sich durch provozierendes Herausstecken der schwarz-rot-goldenen Fahne besonders unbeliebt gemacht habe, abgesetzt und die Jäger vor die Alternative gestellt werden, ob sie mitmachen wollten oder nicht." Ebd., 973.

50 Ebd.

51 "Ferner mit der O.K.C. [Offizierskompanie Cassel], deren Führer Mahraun festgesetzt ist. [...] Ein Telefonschlüssel ist vereinbart mit Gießen, Cassel, Fritzlar und Göttingen." Ebd.

52 "Dringende Hilfe ist daher notwendig. Die Truppe in Marburg einschließlich der Zeitfreiwilligen wird in kürzester Zeit nach dort abtransportiert." Der Aufruf der örtlichen Reichswehrführung in: Ebd.

53 Vgl. H. Matthies, Zwei Radikalisierungen - Bürgertum und Arbeiterschaft in Gotha 1918 - 1923. In: GG 21 (1995), 32-62, 47.

54 "The result both of conscious revolutionary ambitions on the part of communists and Independent Socialists and simple anti-Kappist sentiment." J. J. Weingartner, Massacre at Mecherstadt. The Case of the Marburger Studentencorps, 1920. in: The Historian 37 (1975), 598-618, 605. Dort auch die militärischen Einzelheiten des thüringischen Feldzugs.

Burschenschaft Alemania, zwei des Korps Teutonia und ein Angehöriger des Korps Rhenania-Freiburg. Alle Angeklagten wurden sowohl in der ersten Verhandlung vor einem Militärstrafgericht in Marburg als auch in der Revisionsverhandlung des Zivilgerichtes vom Dezember 1920 in Kassel freigesprochen: nach Thomas Nipperdey ein eindeutiger Justizskandal.⁶³

5. Resümee

Die hier nachgezeichneten Phasen der Politisierung, Radikalisierung und Militarisierung unter den Marburger Studenten den Jahre 1918 bis 1920 wiesen in sich einen bezeichnenden Bruch auf. Die politisierte und selbst noch die radikalisierte Studentenschaft verfügte über ein der internen Selbstverständigung, d.h. der eigenen politischen community zugängliches politisches Kalkül. Diese Binnenrationalität fußte auf der Ablehnung der Weimarer Republik und einem tendenziell antirepublikanischen, antiparlamentarischen und stramm antimarkistischen Weltbild. In dieser Phase handelten die Studenten politisch. Politische Aktionen waren das Auftreten während der Novemberrevolution genauso wie das Verhalten im Fall Traeger. Selbst noch in den ersten Tagen des Kapp-Putsches überzog das Kalkül "politischer Partisanen", um einen Begriff von Carl Schmitt anzuwenden. Hessen für Kapp zu erobern entsprach der in sich konsistenten politischen Logik der Gegner der Weimarer Republik. Dies änderte sich mit dem Scheitern Kapps, als die Radikalisierung in die Militarisierung definitiv umschlug, und aus politischen Partisanen Kriminelle wurden, deren blanke Aggression kein politisches Kalkül mehr erkennen ließ. Die Vorgänge in Mecktersstadt waren keine politische Aktion. Sie waren Ausdruck nurmehr destruktiver Aggression.⁶⁴

Die nach rechts hin politisierte, radikalisierte und schließlich militarierte Studentengeneration von 1918 bis 1920 nahm an wichtigen Gelenkstellen der neuesten deutschen Geschichte Schlüsselpositionen ein. "Ein Großteil des akademisch ausgebildeten Führungsnachwuchses der Nationalsozialisten rekrutierte sich aus diesen Jahrgängen. Alle leitenden Mitarbeiter des SD, des Nachrichtendienstes und der intellektuellen 'Brain Trusts' der SS, gehörten dieser Generation an, ebenso wie der weit überwiegende Teil der - bei- nahe durchweg akademisch, meist juristisch ausgebildeten - Führungskräfte der Sicherheitspolizei (Amts-, Referats- und Stapostellenleiter sowie Einsatzgruppenführer)." Nicht zuletzt wirft die politische Prägung dieser Altersgruppe ein Licht auf die Ereignisse der späten 1960er Jahre - mit besonderer Deutlichkeit wieder in Marburg. "Wer um 1920/21

63 Nipperdey nennt die beiden Prozesse einen "Justizskandal". Nipperdey, Studentenschaft (wie Anm. 7), 404. Einzelheiten zu beiden Prozessen bei Weingartner, Massacre (wie Anm. 54) und im Beitrag von M. Lemling in diesem Band.
64 Vgl. C. Schmitt, Theorie des Partisanen: Zwischenbemerkung zum Begriff des Politischen. Berlin 1963.

mit 18 Jahren sein Studium aufnahm und es 1926 abschloß, war 1933 30, 1939 36, 1945 42 Jahre alt und erreichte 1968 die Pensionsgrenze.⁶⁵

Vgl. Herbert, Generation, (wie Anm. 7), 137f. Der Marburger Student Hans Glauning avancierte Anfang 1927 zum stellvertretenden Reichleiter des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes. Zu Glauning vgl. A. Faust, Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. 2. Bde. Düsseldorf 1973, hier Bd. 1, 41ff., passim. Die NSDAP wurde bei den Septemberwahlen 1930 in Marburg als erster größerer Stadt im Regierungsbezirk Kassel stärkste Partei. Vgl. E. Neusuß-Hunkel, Parteien und Wahlen in Marburg nach 1945. Meisenheim am Glan 1973.